Medienresonanz Pressemeldung Staatsvertrag
Oktober/November 2015. Zusammengestellt von Sebastian Schroer

Pressemeldung / OpenPR:

16.10.2015 - 12:59 - Politik, Recht & Gesellschaft Drucken PDF Empfehlen

Gleichberechtigung mit anderen Religionsgemeinschaften: Hamburger Buddhisten möchten Staatsvertrag

Pressemitteilung von: **Interessengemeinschaft Buddhistischer Zentren in Hamburg** / PR Agentur: Lotwelle Kommunikation

Nutzen Sie Google AdWords
Erreichen Sie Ihre Kunden online. Erhalten Sie 75 € Werbeguthaben!

Erklärung Hamburger Buddhisten anlässlich einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz zum Thema „Staat und Religion" am 22. Oktober an der Universität Hamburg.

In den vergangenen Jahren schloss der Hamburger Senat Grundlagenverträge mit verschiedenen Religionsgemeinschaften – zuletzt 2012 mit muslimischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde. Nun wollen auch Buddhisten in der Hansestadt einen vergleichbaren „Staatsvertrag" abschließen. Buddhistische Vereinigungen möchten als Religionsgemeinschaften in Hamburg anerkannt werden. Ziel ist die rechtliche Gleichstellung und Gleichberechtigung mit anderen anerkannten Religionsgemeinschaften. Konkret wünschen sich die Buddhisten Vereinbarungen unter anderem zu den Themen: Religionsunterricht an Schulen, Bestattungs- und Hospizwesen, Angelegenheiten des Baurechts und Feiertagsregelungen.
Zu diesem Zweck arbeitet die Interessengemeinschaft buddhistischer Zentren in Hamburg – ein Bündnis von etablierten buddhistischen Gemeinschaften unterschiedlicher Traditionen – mit hinduistischen Religionsgemeinschaften zusammen, die ebenfalls einen Grundlagenvertrag mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg anstreben.
Insbesondere in Sachen Religionsunterricht an Schulen werden Buddhisten und Hindus benachteiligt. Zwar haben Vertreter der Weltreligionen Buddhismus und Hinduismus das Hamburger Modell des dialogischen „Religionsunterrichts für Alle" mit konzipiert. Doch sind sie in der neuen „Gemischten Kommission" von Schulbehörde und der nordelbischen Kirche, der jüdischen Gemeinde sowie muslimischen und alevitischen Verbänden, nicht vertreten, in der Unterrichtsinhalte festgelegt werden. Auch haben buddhistische und hinduistische Gemeinschaften bislang keine Möglichkeit, eigene Religionslehrer auszubilden und zu entsenden.

Ein erstes Sondierungsgespräch von Buddhisten und Hindus mit Vertretern der Senatskanzlei über den angestrebten Grundlagenvertrag hat bereits stattgefunden.

Diese Pressemitteilung wurde auf openPR veröffentlicht.

Sebastian Schroer
Jaksteinweg 17
22607 Hamburg
Tel. 0171- 7557720
E-Mail: presse@vesakh-hamburg.de

In Hamburg gibt es rund 50 buddhistische Gemeinschaften. Die Anzahl der praktizierenden Buddhisten in der Hansestadt wird auf 15.000 bis 20.000 geschätzt – sowohl Mitbürger mit asiatischem Migrationshintergrund als auch alteingesessene Hamburger. Die erste buddhistische Vereinigung in Hamburg wurde bereits 1906 gegründet.

News-ID: 875312 • Views: 322

Hamburger Abendblatt:

Buddhisten und Hindus wollen „Staatsvertrag“ mit Hamburger Senat

HAMBURG :: Vor dem Universitäts-Vortrag von Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) an der Akademie der Weltreligionen bekräftigen die Hamburger Buddhisten und Hinduisten ihre Forderung nach einem „Staatsvertrag“ mit dem Senat. Sie berufen sich dabei auf die bereits geschlossenen Grundlagenverträge mit anderen Religionsgemeinschaften wie den muslimischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde.

Buddhisten, Hindus und Sikhs fühlen sich unter anderem beim Religionsunterricht an den Schulen benachteiligt und wollen eine rechtliche Gleichstellung mit anderen anerkannten Religionsgemeinschaften erreichen. In Hamburg leben rund 20.000 praktizierende Buddhisten und eine gleiche Anzahl von Hindus und Sikhs.

Olaf Scholz hält den Vortrag am kommenden Donnerstag zum Thema „Institutionalisierte Religionen im säkularen Staat“. Gesprächspartner sind Repräsentanten der Weltreligionen in Hamburg. (esh)

Online: http://www.abendblatt.de/hamburg/article206292621/Buddhisten-und-Hindus-wollen-Staatsvertrag-mit-Hamburger-Senat.html

TAZ Nord:

„Nicht gleichberechtigt"

RELIGION Buddhisten wollen wie Muslime und Aleviten einen Staatsvertrag

taz: Frau Roloff, warum fordern die buddhistischen Gemeinschaften Hamburgs jetzt einen Staatsvertrag?
Carola Roloff: Hauptgrund ist der Religionsunterricht für alle, bei dem unser Mitspracherecht beschnitten wurde. Dessen Lehrpläne werden seit den 1990er Jahren im Gesprächskreis Interreligiöser Religionsunterricht besprochen, an dem wir Buddhisten von Anfang an teilnahmen und der 1997 beschlossen hatte, Buddhisten und Hindus einzubeziehen.
Und heute?
Seit Hamburg mit Muslimen und Aleviten Ende 2012 Staatsverträge schloss, werden Buddhisten und Hindus für die interne Beratung teilweise nicht mehr eingeladen. Um wieder teilnehmen zu können, müssen wir laut Schulbehörde einen Vertrag mit der Stadt schließen, der eine Anerkennung als bekenntnisorientierte Religionsgemeinschaft beinhaltet.
Wann hat die Behörde Sie darüber informiert?
Offiziell gar nicht. Wir haben im Februar 2014 nachgefragt, als uns auffiel, dass wir nicht mehr dabei waren. Um also wieder in die Gremien und mit in die Verantwortung zu kommen, haben wir uns jetzt offiziell an den Senat gewandt, um einen Vertrag auszuhandeln. Das kann ein Staatsvertrag, aber auch ein Grundlagen- oder anderer Beziehungsvertrag sein.
Geht es Ihnen auch um Religionslehrer?
Letztlich schon. An der Universität Hamburg können sich derzeit Protestanten, Katholiken und ab diesem Wintersemester auch Aleviten und Muslime zu ReligionslehrerInnen ausbilden lassen. Sie können dann alle fünf Weltreligionen plus Alevitentum – auch Buddhismus und Hinduismus – unterrichten. Nur die Buddhisten und Hindus selbst nicht.
Und Sie glauben, ein Vertrag würde helfen?
Voraussetzung ist er nicht. Trotzdem wäre er ein wichtiges Signal, um die Einrichtung eines solchen Studiengangs zu befördern.
Welche sonstigen Vorteile brächte ein Vertrag?
Es geht weniger um Vorteile als um Gleichberechtigung dadurch, dass man dauerhaft Strukturen schafft und zum Beispiel in die offiziellen Listen von Bestattungsinstituten, Seelsorge und Beratungsstellen aufgenommen wird. Auch Immobilien sind ein Thema.
Inwiefern?
Zum Beispiel bei der baurechtlichen Anerkennung vom Gemeindeeinrichtungen als Anlagen für „kirchliche" Zwecke. Bis Hamburgs vietnamesische buddhistischer Gemeinde auf ihre Pagode ein buddhistisches Dach setzen durfte, hat es zum Beispiel lange gedauert. Wenn man solche Dinge grundlegend mit dem Senat geregelt hätte, wäre das kein Problem mehr.

PETRA SCHELLEN

Carola Roloff

■ 56, buddhistische Nonne und Tibetologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Weltreligionen.

Foto: Jens Nagels

EPD / Div. Tageszeitungen:

Positive Bilanz

Scholz hält Staatsverträge mit Buddhisten und Hindus für denkbar

Hamburg. Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hat drei Jahre nach Unterzeichnung der Staatsverträge mit den muslimischen und alevitischen Gemeinschaften eine positive Bilanz gezogen. Damit sei Hamburg gut gerüstet für die Integration der zahlreichen muslimischen Flüchtlinge, sagte Scholz bei der „Friedenskanzel" der Akademie der Weltreligionen. Er habe dazu bislang kaum negative Resonanz erfahren. Einen Staatsvertrag mit Buddhisten und Hindus hält er für möglich. Es sei allerdings ein langer Weg, weil viele rechtliche und religionswissenschaftliche Fragen geklärt werden müssten. Vertreter des Buddhismus und Hinduismus hatten einen solchen Staatsvertrag gefordert.

Zum Kern der Staatsverträge mit den Muslimen gehört auch die Weiterführung des gemeinsamen Religionsunterrichts für Schüler aller Glaubensrichtungen – wie ihn Hamburg als einziges Bundesland praktiziert. Künftig soll er aber nicht mehr allein in der Verantwortung der evangelischen Kirche, sondern auch der muslimischen Gemeinschaften liegen.

Derzeit prüfen zwei staatliche Schulen in Hamburg die Umsetzung. Das Modell sei nicht fertig, sondern müsse erarbeitet werden, sagte Scholz. „Wenn das klappt, werden es viele nachmachen." Angesichts der religiösen Vielfalt in Hamburg lasse sich der Religionsunterricht nur gemeinschaftlich organisieren.

Der katholische Weihbischof Hans-Jochen Jaschke und der Vorstand der Jüdischen Gemeinde, Bernhard Effertz, bekundeten zwar Sympathie für das Modell, wichtiger sei ihnen aber getrennter Religionsunterricht der eigenen Glaubensrichtung. Religion brauche „ein Zuhause", sagte Jaschke. Effertz: „Ich kann mit dem Weltoffenen zurzeit nichts anfangen." Auch Mustafa Yoldas, Vorsitzender der muslimischen Hamburger Schura, räumte ein, dass andere Landesverbände das Modell ablehnten. Er selbst unterstütze das Vorhaben, es sei aber noch nicht ausgereift.

Nach den Worten der evangelischen Bischöfin Kirsten Fehrs wird die Projektphase auch genutzt, um das Modell rechtlich abzusichern. Laut Grundgesetz (Artikel 7) muss der Religionsunterricht „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften" erteilt werden. Der Hamburger Religionsunterricht, so Bischöfin Fehrs, setze auf einen Dialog zwischen christlichen, muslimischen und nichtkonfessionellen Schülern. Er fördere damit, Unterschiede nicht nur auszuhalten, sondern sich mit ihnen „zu befreunden".

Skeptisch zeigte sich Bürgermeister Scholz allerdings gegenüber einer Beteiligung erklärter Atheisten am Religionsunterricht. Ein Vertreter der Humanistischen Union hatte im Laufe der Diskussionsrunde gefordert, in einem Religionsunterricht, der alle Weltanschauungen berücksichtigt, müsse auch der Atheismus behandelt werden. *epd*

Die Welt:

DIE WELT

HAMBURG

Artikel vom ☐18.10.2015 / Ausgabe 42 / Seite 1

Sehnsucht nach Streit

Die Sehnsucht wächst, auch mal wieder über andere Themen als Olympia und Flüchtlinge zu streiten. Wie wäre es mit einer Stadtbahn-Debatte? Oder wollen wir über die Leistungsfähigkeit der Uni diskutieren? Über Fahrradstreifen auf Fahrbahnen? Die Architektur der Hafencity? Der Lärm der Güterumgehungsbahn? Man kommt ja zu nichts mehr. Aber dann landete doch noch diese Meldung auf dem Tisch: Die buddhistischen Gemeinschaften wollen einen Staatsvertrag mit dem Senat schließen. Hamburg habe bereits Staatsverträge mit den beiden großen Kirchen, der Jüdischen Gemeinde, den muslimischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde. Also jetzt auch die Buddhisten. Dumm nur, dass man mit denen einfach nicht ordentlich streiten kann. Wenn sie doch wenigstens gegen Olympia wären!

© WeltN24 GmbH 2015. Alle Rechte vorbehalten

NDR.de:

Stand: 23.10.2015 14:45 Uhr - Lesezeit: ca.4 Min.

Scholz lobt den Staatsvertrag

von Daniel Kaiser

Alle auf dem Podium waren sich einig: Die Verträge waren richtig. Die Abkommen mit den Religionsgemeinschaften hätten erhebliche Strahlkraft, sagte Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) am Donnerstag bei einer Diskussion an der Hamburger Universität mit Vertretern aller Religionsgemeinschaften, mit denen der Senat Verträge geschlossen hatte. Strahlkraft hätten die Verträge auch für die geflüchteten Menschen aus dem Nahen Osten. "Sie kommen auch wegen unserer religiösen Toleranz zu uns. Und mit den Verträgen sind wir gut vorbereitet", sagte Scholz. "Man kann ohne Übertreibung festhalten, dass der Hamburger Weg auch einen Beitrag zur Institutionalisierung des Islam in Deutschland leistet."

Scholz trifft Religionsvertreter

Hamburg Journal - 23.10.2015 19:30 Uhr Autor/in: Christian Becker

Als erstes Bundesland hat Hamburg 2012 einen Vertrag mit muslimischen und alevitischen Verbänden geschlossen. Jetzt zog Olaf Scholz eine positive Bilanz.

2 bei 1 Bewertungen

NDR fernsehen

Pionierarbeit in Hamburg

Als erstes Bundesland hatte Hamburg 2012 einen Vertrag mit den muslimischen und alevitischen Verbänden geschlossen. "Wir sind froh, dass wir als Muslime dabei Pionierarbeit geleistet haben", sagte Mustafa Yoldas von der Schura, dem Rat der islamischen Gemeinschaften. Er nannte Hamburg die "Hauptstadt des interreligiösen Dialogs". Die Verträge seien eben nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Gespräche und der Beweis des gewachsenen Vertrauens zwischen Politik und Religionsgemeinschaften. Baykal Arslanbuğa von der alevitischen Gemeinde betonte den symbolischen Wert des Vertrages. Mit ihm fühlten sich die Aleviten in der Stadt richtig willkommen.

Diskussion über gemeinsamen Religionsunterricht

Ein zentraler Punkt der Verträge ist der gemeinsame Religionsunterricht für Schüler aller Glaubensrichtungen, wie ihn Hamburg das als einziges Bundesland anbietet. Das stoße bei anderen muslimischen Verbänden allerdings auf Kritik, räumte Yoldas am Donnerstag bei der Podiumsdiskussion ein. Sie hätten "eine skeptische Haltung gegen über der Schura in Hamburg, weil wir uns entschlossen haben, den Hamburger Weg zu unterstützten."

Während die Nordkirche das Projekt von Anfang an unterstützt und gefördert hat, sagten der katholische Weihbischof Hans-Jochen Jaschke und der Vorstand der Jüdischen Gemeinde, Bernhard Effertz, dass ihnen ein getrennter Religionsunterricht der eigenen Glaubensrichtung wichtiger sei. Religion brauche "ein Zuhause", sagte Jaschke. Und Effertz formulierte: "Ich kann mit dem Weltoffenen zur Zeit nichts anfangen." Die Juden hätten meist gebrochene Biographien und müssten zunächst ihre eigene jüdische Identität finden.

Absage an missionarische Atheisten

Skeptisch zeigte sich Bürgermeister Scholz allerdings bei der Forderung erklärter Atheisten, den Religionsunterricht mitgestalten zu wollen. Das hatte ein Vertreter der Humanistischen Union während der Diskussion angesprochen. Scholz bezweifelte die Aussage der Organisation, Sprachrohr aller Konfessionslosen in Deutschland zu sein. "Den missionarischen Atheismus halte ich für eine kleine Minderheit“, sagte Scholz.

Er sei, obwohl der Staat in dieser Frage keine Entscheidungsgewalt habe, eher skeptisch und glaube nicht, dass es eine gute Idee sei, atheistische Positionen in den Religionsunterricht "reinzurühren". Seine eigene Schulerfahrung zeige, dass Atheisten und Religionskritik schon jetzt im Unterricht vorkämen.

Verträge mit Hindus und Buddhisten möglich

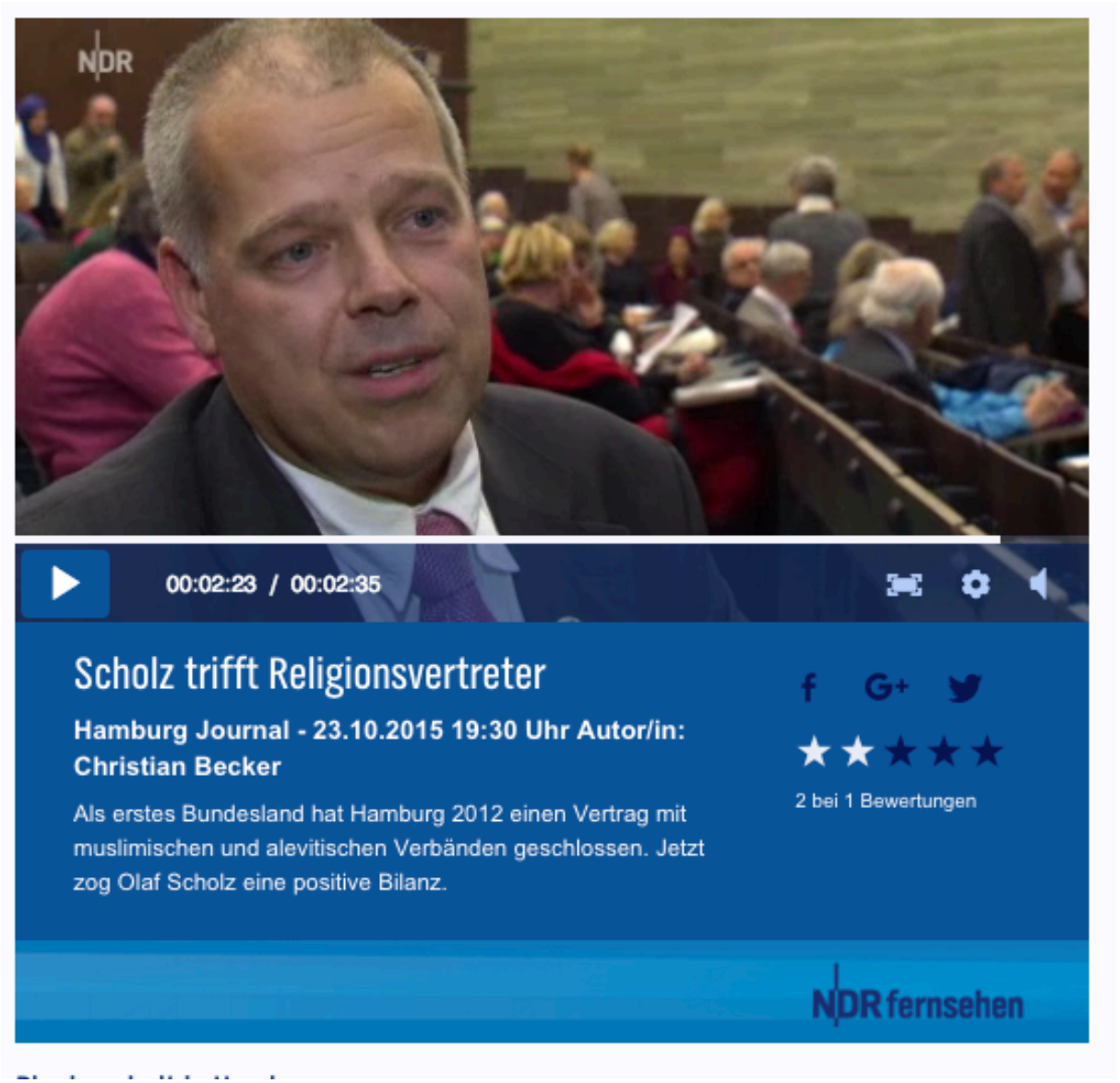
Auch Buddhisten und Hinduisten in Hamburg haben Interesse an eigenen Staatsverträgen. Scholz wies allerdings darauf hin, dass dies immer ein langer Weg sei. "Wer am Montagmorgen um 9 das Wort Religion ausspricht, hat am Dienstag noch keinen Staatsvertrag", sagte er. Auch die evangelische Bischöfin Kirsten Fehrs erinnerte an komplizierte Verhandlungen bei den Verträgen ihrer Kirche mit der Stadt. "Es sei nicht einfach nur das hingeschrieben worden, was immer gegolten habe. So einfach war das nicht."

Olaf Scholz sagte, er könne sich in dem "einen oder anderen Fall" durchaus einen Vertrag als eine positive Weiterentwicklung vorstellen. "Wenn man mich als Berater fragen würde, würde ich sagen: Mach doch!", sagte er. Grundsätzlich sei es nicht Sache des Staates, Religionen ihren Status vorzuschreibe. "Aber unsere Neutralität und Vorurteilsfreiheit können Sie voraussetzen", so Scholz.

Plädoyer für Trennung von Kirche und Staat

Scholz wies in seinem Vortrag darauf hin, dass es trotz der Trennung von Staat und Kirche aus historischen Gründen immer noch Berührungspunkte zwischen beiden Seiten gebe. Alle Religionsvertreter auf dem Podium lobten die Neutralität des Senats. Der katholische Weihbischof Hans-Jochen Jaschke betonte unter langem Applaus: "Ein säkularer Staat tut der Religion gut. Ein Gottesstaat verdirbt die Religion." Mustafa Yoldas legte für die Hamburger Muslime ein Bekenntnis zum säkularen Staat ab, für Trennung von Kirche und Staat also. Für ihn sei es "die ideale Gesellschaftsform, die wir hier in Hamburg verwirklichen wollen" und ein Vorbild für die Krisenstaaten im Nahen Osten.

NDR Hamburg Journal (Video):



Video: http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Scholz-trifft-Religionsvertreter-Staatsvertrag,staatsvertrag158.html

Neues Deutschland:

24.10.2015 /

Mögliche Staatsverträge mit Buddhisten und Hindus

Hamburg. Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hat drei Jahre nach Unterzeichnung der Staatsverträge mit den muslimischen und alevitischen Gemeinschaften eine positive Bilanz gezogen. Damit sei der...

Artikellänge: rund 103 Wörter

Link (vollständiger Artikel nur für Abonennten):
https://www.neues-deutschland.de/artikel/988932.moegliche-staatsvertraege-mit-buddhisten-und-hindus.html

KGS:

KGS HAMBURGS ONLINE-PORTAL FÜR LEBENSHILFE, SPIRITUALITÄT UND INSPIRATION

News

„Staatsvertrag" für Buddhisten und Hindus?

Am 22. Oktober findet an der Akademie der Weltreligionen, in der Universität Hamburg, eine Veranstaltung zum Thema *„Verhältnis von Religionen und säkularem Staat"* statt, auf der auch Bürgermeister Olaf Scholz sprechen wird. Aus diesem Anlass haben Hamburger Buddhisten und Hinduisten vor der Veranstaltung ihre Forderung nach einem „Staatsvertrag" mit dem Senat bekräftigt. „Sie berufen sich dabei auf die bereits geschlossenen Grundlagenverträge mit anderen Religionsgemeinschaften wie den muslimischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde", wie das *Hamburger Abendblatt* berichtet. Buddhisten, Hindus und Sikhs würden sich unter anderem beim Religionsunterricht an den Schulen benachteiligt fühlen „und wollen eine rechtliche Gleichstellung mit anderen anerkannten Religionsgemeinschaften erreichen." Rund 20.000 praktizierende Buddhisten leben in der Hansestadt, die Anzahl der praktizierenden Hindus und Sikhs wird auf bis zu 20.000 geschätzt. Weitere Informationen siehe auch die Pressemeldung vom Zentralrat der hinduistischen Gemeinschaften in Hamburg.

22. Oktober in Hamburg:
Verhältnis von Religionen und säkularem Staat
Die Akademie der Welreligionen lädt zu einem Vortrag des Hamburger Ersten Bürgermeisters, Olaf Scholz, zum Verhältnis von Religionen und säkularem Staat ein. Im Anschluss findet eine Podiumsdiskussion statt mit Bischöfin Kirsten Fehrs (Ev.-Luth. Kirche), Weihbischof Dr. Jaschke (Katholische Kirche), Bernhard Effertz (Vorsitzender Jüdische Gemeinde Hamburg), Mustafa Yoldaş (Vorsitzender Schura Hamburg), Baykal Arslanbuğa (Mitglied Bundesvorstand Alevitische Gemeinde Deutschland), Oliver Petersen (Interreligiöses Forum Hamburg und Tibetisches Zentrum).

Verhältnis von Religionen und säkularem Staat • ***22. Oktober 2015, 18.15 Uhr*** • *Ort: Anna-Siemsen-Hörsaal der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Von-Melle-Park 8 (der große Hörsaal gleich am Eingang)* • *Für diese Veranstaltung ist es notwendig, sich* ***anzumelden****:* akademiederweltreligionen@awr-uni-hamburg.de

Quelle und weitere Infos zur Veranstaltung und der Akademie der Weltreligionen: www.awr.uni-hamburg.de

Symbolfoto: © D. Vonten – Fotolia.com

erschienen am: 20.10.2015

Link: https://kgs-hamburg.de/index.php?uid=2919&id=170